

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 66 848-48 ppbn d

Inhalt

Hans Koschnick analysiert das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und CDU/CSU.

Seite 1/2

Walter Polkehn MdB plädiert für die Intensivierung des deutsch-polnischen Jugendaustauschs.

Seite 3/4

Adolf Schmidt MdB begrüßt die Beschlüsse der Bundesregierung zur Kohleförderung.

Seite 5/6

Wichtige Impulse der Sozialistischen Internationale für die Abrüstung.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 81

27. April 1978

Die C-Parteien in der Identitätskrise

Kluft zur Evangelischen Kirche hat sich vergrößert

Von Hans Koschnick

Bürgermeister von Bremen und stellvertretender SPD-Vorsitzender

Der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Roser hat - laut "Spiegel"-Ausgabe dieser Woche - seiner eigenen Partei und der CDU vorgeworfen, sie hätten es nicht fertiggebracht, für Protestanten eine attraktive politische Heimat zu werden. In bemerkenswerter Offenheit spricht Roser das aus, was sich Unionskreise seit längerer Zeit nur hinter vorgehaltener Hand eingestanden und was vor Jahren bereits der protestantische Publizist Eberhard Stammler erkannt hat: daß die geistigen Hauptströmungen des Protestantismus nicht in der CDU/CSU aufgenommen sind.

Roser, der zu den führenden Leuten des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gehörte, spricht die Sorge einer wachsenden Zahl von Protestanten in den Unionsparteien aus. Rosers Flucht in die Öffentlichkeit, die von einem Namensartikel in der "Deutschen Zeitung" begleitet ist, muß auch vor dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß die Vertreter einer vielfach konservativ ausgelegten katholischen Soziallehre in den Unionsparteien das Übergewicht bekommen haben und infolge dessen nicht einmal mehr

die offiziellen Positionen der evangelischen Kirche zur Gesellschaftslehre ihren Niederschlag in der Politik von CDU/CSU finden. Seit der Ostdenkschrift der evangelischen Kirche, die in der Union weithin auf Ablehnung stieß, ist das mit fast allen evangelischen Verlautbarungen von Gewicht so geschehen; sie werden in den Unionsparteien nicht mehr als tragfähig angesehen.

Roser hat insbesondere in der Außen- und Entwicklungspolitik der CDU/CSU unüberbrückbare Gegensätze zu Positionen der evangelischen Kirche festgestellt. Hier, so Roser, halten beide Unionsparteien "an Konzeptionen fest, die zum überwiegenden Mehrheitswillen der leitenden Organe einer Großkirche in der Bundesrepublik, der EKD, in deutlichem Widerspruch stehen". Wer die Gelegenheit hat, sich von Zeit zu Zeit in kirchenleitenden Kreisen umzuhören, kann Rosers Beobachtungen bestätigen.

Es muß dem Protestantismus daran gelegen sein, daß evangelische Positionen in der konkreten Politik der Parteien vertreten sind, ohne daß eine solche Partei gleich zum verlängerten Arm der Kirche würde. Die Unionsparteien scheinen dafür nahezu ausgeschieden zu sein.

Rosers Enthüllungen kommen wenige Tage vor der 22. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Kassel. Mit solchen aufwendigen Konferenzen wollten die Unionsparteien schon immer den Eindruck erwecken, in ihren Reihen sei der Protestantismus in wachsendem Einfluß begriffen. Wir haben das nie belegt gesehen. Rosers und anderer Aussagen im "Spiegel" müßten auch jene nachdenklich stimmen, die den Hinweis von sozialdemokratischer Seite, evangelische Positionen seien in den Unionsparteien im Rückgang begriffen, stets als parteipolitische Überzeichnung abgetan haben.

Die Schwierigkeiten, das protestantische und selbst das katholische Element angemessen zu Wort kommen zu lassen, hat es in CDU/CSU seit den Gründungstagen gegeben, wo schon sehr bald den geistigen Wurzeln der Nachkriegsunion, etwa das Ahlener Programm, von konservativen Kräften das Wasser abgegraben wurde. Christliche Positionen kamen nur noch insoweit zum Tragen, wie sie die Festigung der restaurativen Phase nicht störten. Diese Entwicklung scheint jetzt in eine neue Phase getreten zu sein. Roser gibt nämlich preis, daß es Kräfte in den Unionsparteien gibt, die sogar das "C" im Namen der Parteien entbehrlich machen wollen. Die Identitätskrise in der CDU/CSU ist nicht mehr zu steigern.

(-/27.4.1978/Ni/lo)

+

+

+

Chancen beim deutsch-polnischen Jugendaustausch nutzen

Begegnungsstätten tragen zum Kennenlernen bei und wirken Vorurteilen entgegen

Von Walter Polkehn MdB

Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die deutsche Ostpolitik ist mit dem Besuch des Bundeskanzlers Helmut Schmidt in Polen, dem Besuch Herbert Wehners in Prag, Husaks Aufenthalt in Bonn und Hamburg und mit dem bevorstehenden Besuch Breschnjews in eine neue aktive Phase geraten. Sie zeigt deutlich die Kontinuität sozialliberaler Außen- und Friedenspolitik. Dies wird weltweit so gesehen, und der polnische Parteichef Gierek nannte diesen zweiten Gipfel "einen weiteren Meilenstein auf dem Weg nach vorn in dem gemeinsam in Angriff genommenen Werk".

Diese erfreuliche Entwicklung nehme ich zum Anlaß, auf einen Teilaspekt der deutsch-polnischen Beziehungen hinzuweisen, der mir besonders wichtig erscheint: der deutsch-polnische Jugendaustausch. Ich stimme hier voll mit den Ausführungen des Chefredakteurs der polnischen Jugendzeitschrift "Radar", Jerzy Klechta, überein, der schreibt:

"Die Gespräche zwischen Gierek und Schmidt haben, so meine ich, noch einen anderen Wert hervorgebracht, den man als Atmosphäre der Aufrichtigkeit bezeichnen könnte, ohne die ja nur schwer irgendein konstruktiver Dialog zu führen ist. Kontakte, die sich auf Aufrichtigkeit stützen, können zum Abbau von gegenseitigen Vorbehalten führen, was ganz besonders die jungen Leute angeht, die die Bedrohungen des vom Hitlerismus eingeleiteten Krieges nicht am eigenen Leibe gespürt haben."

Ich meine darum, die Zeit ist reif, zu konkreteren Abmachungen zu kommen. Hier sind beide Regierungen gleichermaßen aufgerufen.

Gewiß, es ist von deutscher und polnischer Seite schon viel getan und viel in die Wege geleitet worden. Besonders dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) und der Föderation der sozialistischen Verbände der polnischen Jugend (FStNP) ist Dank zu sagen für ihr unermüdliches Bemühen auf dem Gebiet des deutsch-polnischen Jugendaustausches. Aber viel ist noch zu tun, und dies geht sicher nicht ohne die Unterstützung und Förderung durch staatliche Stellen. Die ersten Schritte zu gemeinsamen Begegnungsstätten sind eingeleitet.

Es ist zu begrüßen, daß noch in diesem Jahr bei Gdansk (Banzig) das "Internationale Zentrum für Jugendbegegnungen der Ostseeländer" in Betrieb genommen werden soll und

daß dort in beträchtlichem Maße Begegnungen zwischen der polnischen und der deutschen Jugend stattfinden sollen. Dies sollte aber nicht der letzte Schritt sein, sondern der erste zu einer weiteren, bilateralen deutsch-polnischen Begegnungsstätte. So wichtig internationale Begegnungsstätten sind, die deutsch-polnische Vergangenheit macht es einfach notwendig, daß es auch eine Stätte gibt, in der die Jugend zweier Völker, die durch eine so leidvolle Geschichte wie die deutsch-polnische verbunden sind, sich kennenlernt, Vorurteile abbaut und gerade aus der richtigen Einschätzung der historischen Geschehnisse zu wirklicher Freundschaft kommt.

Ich erinnere an die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Ersten Sekretär Edward Gierek, in der es heißt:

"Beide Seiten brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß eine von Vorurteilen freie Erziehung der jungen Generation im Geiste gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigen Verstehens eine der wesentlichen Bedingungen für das erfolgreiche Zusammenleben beider Völker ist."

Und an anderer Stelle:

"Beide Seiten betonten die entscheidende Bedeutung eines zunehmenden Verständnisses zwischen der jungen Generation beider Völker für die Zukunft der gegenseitigen Beziehungen. Sie begrüßten die weitere Entwicklung der Kontakte zwischen der Jugend und ihren Organisationen in beiden Ländern, insbesondere die inzwischen begonnene Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundesjugendring und der Föderation der Sozialistischen Jugendverbände Polens. Sie bekräftigten ihre in der Gemeinsamen Erklärung vom 11. Juni 1976 ausgedrückte Absicht, eine Vereinbarung über den Jugendaustausch abzuschließen und die Einrichtung gemeinsamer Jugendbegegnungsstätten zu fördern."

Dies gilt es nun zu verwirklichen. Und noch einmal ist Jerzy Klechta zuzustimmen, wenn er schreibt:

"Ohne dem politischen und ökonomischen Dialog etwas abzutun, interessieren sich die jungen Leute doch hauptsächlich für unmittelbare Kontakte, den Personenaustausch, Reisen. Und der Fortschritt in diesem Bereich hängt doch ebenfalls von der politischen Erwägung ab, also davon, in welchem Grade die Festlegungen des Gipfeltreffens Gierek-Schmidt, wo die Aktivierung der Jugendkontakte deutlich hervorgehoben wurde, realisiert werden."

Das Deutsch-Polnische Jugendforum im Mai in Bonn wird, da bin ich sicher, einen weiteren Meilenstein auf dem Wege der Freundschaft setzen. "Meilensteine findet man an der Straße nur, wenn man die Straße vorangeht", sagte der Bundeskanzler unlängst in Warschau.

(-/27.4.1978/hi/10)

Weichen für die Kohle sind langfristig gestellt

Die deutsche Energiepolitik hat eine neue Qualität bekommen

Von Adolf Schmidt MdB

Vorsitzender der IG Bergbau und Energie

Die Bundesregierung hat mit ihrem Beschluß, in den nächsten vier Jahren jährlich 582 Millionen DM an Investitionshilfen für den deutschen Steinkohlenbergbau zur Verfügung zu stellen, eine Generationen-Entscheidung getroffen. Der deutsche Steinkohlenbergbau wurde durch diesen mutigen Schritt der Bundesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen aus dem Feld jeweiliger aktueller betriebswirtschaftlicher Kostenrechnungen herausgenommen und hineingestellt in die der Steinkohle als Energieträger zukommenden Zukunftsaufgabe für die achtziger Jahre. In der bundesdeutschen Energiepolitik wird nicht mehr von der Hand in den Mund gelebt, sondern die Weichen für die Kohle sind langfristig gestellt.

Es ist unstrittig, daß diese zukunftsorientierte und über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinausgehende Entscheidung der Bundesregierung der Energiepolitik eine neue Qualität gibt. Man muß wissen: Hätte sich die Bundesregierung nicht für diese Investitionshilfen entschieden, brauchten wir über eine nennenswerte einheimische Steinkohlenförderung in den achtziger Jahren nicht mehr zu reden. Schachtanlagen, die möglicherweise nicht durch wirtschaftliche Probleme in die Stilllegungszone geraten wären, hätten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit infolge des Mangels an qualifiziertem Bergarbeiternachwuchs ihre Förderung einstellen müssen. Die energiepolitische Wirkung wäre sich gleich geblieben: Die einheimischen Kohlereserven hätten zur teilweisen Abdeckung des Energiebedarfs ohne die Investitionshilfen nicht mehr zur Verfügung gestanden.

So aber hat die Bundesregierung mit ihrem klaren Bekenntnis zur einheimischen Steinkohle zwar den Steuerzahlern von heute nicht geringe Belastungen zugemutet, aber da-

mit der Generation von morgen die große Chance eröffnet, mit Hilfe der Steinkohle die Fragen einer gesicherten Energieversorgung bis über das Jahr 2000 hinweg beantworten zu können.

Die technologisch noch zu vervollkommenden vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten der Steinkohle (Vergasung, Verflüssigung) - auch hier leistet die Bundesregierung auf dem Gebiet der Förderung der Kohleforschung Beachtliches - werden es schon in dieser Generation gestatten, sich wenigstens teilweise aus den Abhängigkeiten anderer Energieträger zu lösen.

Die einheimische Steinkohle ist mit dem Milliarden-Beschluß der Bundesregierung zu einem zukünftig unverzichtbaren Bestandteil der allgemeinen Energiepolitik geworden. Diese Tatsache hat auch den bedeutenden Aspekt, daß nicht nur die Sorgen der Bergleute um gesicherte Arbeitsplätze geringer werden, auch die von den jährlichen Milliarden-aufträgen des Steinkohlenbergbaus lebende Zuliefererindustrie erhält neue Perspektiven im Hinblick auf die Sicherheit dieser Arbeitsplätze.

Es kann und darf auch nicht übersehen werden, daß die jetzt von der Bundesregierung beschlossenen Investitionshilfen für den Steinkohlenbergbau auch im derzeitigen Augenblick ihre Wirkungen auf den angespannten Arbeitsmarkt nicht verfehlen werden. Denn: Diese Investitionen für die achtziger Jahre sind zukunftsorientierte Energiepolitik und gegenwartsbezogene Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik zugleich.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen waren gut beraten, daß sie sich für eine Zukunftssicherung der einzigen natürlichen Energiequelle entschlossen haben, über die unser Land jederzeit und uneingeschränkt verfügen kann.

Jetzt wird es darauf ankommen, die kohlepolitischen Beschlüsse der Bundesregierung durch die parlamentarischen Gremien in Bund und Ländern unterstützend zu begleiten. Die Hoffnung darauf ist nicht gering, da in den Parteien die energiepolitische Bedeutung der einheimischen Steinkohle bisher jedenfalls unbestritten war.

(-/27.4.1978/ks/ea)

Ein Beitrag zur Entspannung

Zur Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki

Anfang dieser Woche haben sich Sozialdemokraten aus mehr als fünfzehn Ländern in Helsinki getroffen, um eingehend über aktuelle Fragen der Abrüstung zu sprechen.

Helsinki war ein seit langem geplanter Baustein einer kontinuierlichen Politik. Seit ihrem Genfer Kongreß im November 1976 widmet sich die Sozialistische Internationale mit großem Nachdruck der Entspannungs- und Abrüstungspolitik. Bereits im Vorfeld von Genf hatte die holländische Partei zu einer Fachtagung über Entspannungspolitik nach Amsterdam eingeladen. Mitte April 1977 trafen sich, wiederum in Amsterdam, sozialdemokratische Parteiführer und Regierungschefs, um über den Stand der Entspannungspolitik angesichts des bevorstehenden KSZE-Nachfolgetreffens in Belgrad zu diskutieren. Im Oktober befaßte sich das Büro der SI auf seiner Tagung in Madrid mit Abrüstungsfragen. Dazu legte Willy Brandt ein umfangreiches Thesenpapier vor.

Helsinki war kein Abschluß dieser Aktivitäten. Auf der bevorstehenden Bürositzung in Dakar wird die SI eine Arbeitsgruppe für Fragen der Abrüstung einsetzen; weiter wird die SI ihren Standpunkt bei der bevorstehenden Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstung, in deren Vorfeld Helsinki mit Absicht gelegt worden war, zum Ausdruck bringen; schließlich soll die Diskussion auf dem nächsten SI-Kongreß, Anfang November in Vancouver, fortgesetzt werden.

Rund zwei Drittel der Rüstungsmittel befinden sich in den Händen der beiden Weltmächte. Ohne die spezifische Verantwortung der europäischen Nationen zu überschauen, wollte man daher Repräsentanten dieser beiden Staaten zu Wort kommen lassen. "Dabei", so Willy Brandt in seiner abschliessenden Rede, "war es nicht verwunderlich, daß aus der Sowjetunion Mitglieder der KPdSU kommen würden". Zur Verdeutlichung, worum es ging, fügte der SPD-Vorsitzende hinzu: "In voller Kenntnis und in vollem Respekt vor den Grundsätzen und Erfahrungen der Sozialistischen Internationale, die unberührt bleiben, ergibt sich aus der konkreten Entwicklung, daß man mit politisch Verantwortlichen aus Moskau reden muß, wenn man mit der Sowjetunion über Abrüstung reden will, und man kann ohne die Sowjetunion keine tragbaren Ergebnisse erzielen."

Angesichts der überragenden Bedeutung, die einer Einschränkung des Wettrüstens für die Sicherung des Friedens zukommt, wird sich die Internationale auch in den kommenden Jahren ausführlich mit diesem Komplex befassen. Als eine Organisation, die über fünfzig Parteien umfaßt, verfügt die SI über einen nicht zu unterschätzenden Einfluß. Ihrem Charakter gemäß, wird sie ihre Mitglieder nicht auf eine gemeinsame politische Linie verpflichten. Aber sie kann, durch eine konsequente Fortsetzung des Meinungsaustausches mit allen, ihren Teil der Verantwortung entsprechend durch die Aktivierung der Öffentlichkeit und auf mittelbare Weise zu weiteren Fortschritten auf dem Feld der Entspannungspolitik beitragen.

Markus Thoma
(-/27.4.1978/ks/te)